

Cannabis Initiative e.V.
Herr Matthias Makowski

Die Linke. Wiesbaden
Büdingenstraße 8
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-36 02 49 55
Mail: Kreisvorstand@dielinke-wiesbaden.de
Web: dielinke-wiesbaden.de

Bankverbindung:
Wiesbadener Volksbank eG
Konto: 430 2605
BLZ: 510 900 00

Wiesbaden, den 23. August 2017



Lieber Matthias Makowski,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die an mich gestellten Fragen und das jahrelange Engagement der Cannabis Initiative. Ich trete für die gesetzliche Entkriminalisierung und weitgehende Legalisierung des Anbaus und Konsums von Hanf und Cannabis ein. Ich habe als innenpolitischer Referent im Landtag 2016 eine Anhörung zum Thema „Entkriminalisierung von Cannabis“ mit initiiert und mich dabei durch zahlreiche Sachverständige in dieser Haltung bestärkt gefühlt. Auch die Entwicklung in zahlreichen anderen Ländern bestärkt mich in dieser Auffassung, z.B. haben sich Kanada, Uruguay, Schweiz, Israel, Portugal, Tschechien und zahlreiche US-Staaten erfolgreich auf den Weg gemacht.

Cannabis sollte

- gesundheitspolitisch und drogenpolitisch präventiv begleitet,
- als Medizin und Genussmittel anerkannt und erhältlich,
- in staatlich reguliertem Anbau und Handel zugelassen,
- und nur im Fall illegalen Handels strafrechtlich geahndet werden.

Die Entkriminalisierung von Cannabis und Cannabis-Nutzern in einem regulierten Markt bedeutet auch eine Entlastung von Polizei und Justiz und staatliche Einnahmen statt Kriminalisierung und Schwarzmarkt. Es stehen somit mehr Ressourcen für die tatsächlich nötige Hilfe bei Drogenmissbrauch und Drogenhandel zur Verfügung. Die Mehrheit der Strafrechtler in Deutschland, stellenweise auch die Polizei und zahllose Sachverständige sprechen sich für eine Entkriminalisierung aus. Der Umgang des Staates mit Alkohol einerseits und Cannabis andererseits ist auch gesundheitspolitisch nicht zu rechtfertigen. Und nicht zuletzt geht es ja auch um Freiheits- und Verbraucherrechte von Millionen Cannabis-Nutzern.

DIE LINKE hat sich im Bundestag und hier vor Ort (Frankfurt, Kassel, Wiesbaden...) unter anderem für die Zulassung von „Cannabis Social Clubs“ ausgesprochen. [Im Wahlprogramm finden Sie ab Seite 120](#) unsere ausführlichen Forderungen nach „*einem Paradigmenwechsel*“.

Ich hoffe, dass die Cannabis Initiative, Ihre Mitglieder und Millionen Cannabis-Nutzer bei der Bundestagswahl auch bedenken, diejenigen Parteien zu stärken, die sich für einen rationaleren und besseren Weg im Umgang mit Cannabis seit Jahren einsetzen.

Zu Ihren Fragen im Einzelnen:

1. Wie stehen Sie zu einer regulierten Abgabe von Cannabis?

Meine Partei will einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik: weg von der Bestrafung, hin zu mehr Prävention. Cannabis sollte zu medizinisch-therapeutischen Zwecken kostengünstig auf Rezept und als Genussmittel anerkannt und erhältlich sein. Die Bundesländer sollen eigenständig über Modellprojekte zur regulierten Abgabe entscheiden können. Grundsätzlich sollte meiner Meinung nach auch der Anbau zum Eigenbedarf erlaubt werden.

2. Wie sollten Ihrer Meinung nach Personen bestraft werden, die mit Cannabis zum Eigenkonsum von der Polizei aufgegriffen werden?

Gar nicht. Der Staat sollte dann helfend intervenieren, wenn ein offensichtlicher Missbrauch vorliegt, wenn also Cannabis-Konsum z.B. in enger Verbindung zu anderen Drogen, zu Lebenskrisen oder in sozialer Isolation regelmäßig konsumiert wird. Zudem gilt absoluter Jugendschutz, keine Drogen im Straßenverkehr oder in anderen Gefahrensituationen.

3. Was halten Sie von der Forderung, dass der Besitz von Cannabis zum Eigenkonsum nur als eine Ordnungswidrigkeit behandelt wird?

Der Besitz von Cannabis zum Eigengebrauch sollte nicht bestraft werden. Die Behandlung als Ordnungswidrigkeit ist dann ein Fortschritt, wenn sie zu einer weitgehenden Duldung und Rechtssicherheit der Cannabis-Nutzer und andererseits als behördliche Chance drogenpolitischer Intervention dient, wenn regelmäßig Ordnungswidrigkeiten festgestellt werden. Hier lassen sich durchaus viele positive Erfahrungen anderer Länder evaluieren und für den deutschen Gesetzgeber aufgreifen.

4. Sollte es eine straffreie Menge Cannabis geben und wenn ja, wie hoch sollte diese nach Ihrer Meinung sein?

Ja und zwar bundeseinheitlich. Orientiert man sich an den gesetzlichen Vorgaben Portugals

dann sind es 25 Gramm. Ich finde es durchaus sinnvoll zu differenzieren, ob jemand mit 25 Gramm in der Öffentlichkeit, im Verkehr oder an Schulen unterwegs ist, oder ob 25 Gramm zuhause in der Schublade liegen bzw. im Garten stehen. Sprich: Eigenbedarf muss wirklich Eigenbedarf sein und sollte nicht zum Vorwand für Handel dienen.

Was halten Sie von einem straffreien Eigenanbau für den Eigenkonsum?

Der Anbau zum eigenen Konsum muss legalisiert werden. Es ist die einfachste Art, gegen Schwarzmarkt und illegalen Drogenhandel vorzugehen und stellt niemandem gegenüber irgendeine Bedrohung dar.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit vielem Dank und freundlichen Grüßen

Adrian Gabriel - Kandidat zur Bundestagswahl für LINKE Wiesbaden und LINKE Hessen